

1) TOP Einwohnerfragen

Herr Ekkehard Günther aus Donaueschingen-Wolterdingen stellt in Ergänzung zu den Fragen in der Gemeinderatssitzung am 28. Juli 2021 an den Gemeinderat und Herrn Oberbürgermeister Pauly weitere Fragen zum Thema Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie zu den Vorsorgemaßnahmen in Donaueschingen. Diese hat er vor Sitzungsbeginn in schriftlicher Form an Herrn Oberbürgermeister Pauly übergeben. Die Fragen sind der Niederschrift beigefügt.

Oberbürgermeister Pauly geht in aller Kürze auf die gestellten Fragen unter anderem wie folgt ein: Die Errichtung des Hochwasserdamms in Wolterdingen ist Aufgabe des Regierungspräsidiums. Für den Katastrophenschutz sind die Landkreise und Stadtkreise zuständig, bei denen Krisenstäbe eingerichtet seien. Als Untere Katastrophenschutzbehörden ist es Aufgabe der Landratsämter, die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten und nach Ausrufen des Katastrophenfalls, die Katastrophen zu bekämpfen sowie bei der vorläufigen Beseitigung von Katastrophenschäden mitzuwirken. Die Stadt Donaueschingen habe ebenfalls einen Krisenstab für Schadenereignisse eingerichtet und sei gut vorbereitet. Mit dem Landkreis sei bereits eine Übung durchgeführt worden, bei der eine Hochwasserkatastrophe simuliert wurde.

Die ausführliche Antwort werde Herrn Günther wieder in schriftlicher Form erhalten.

2) TOP 1-025/21 Bekanntgabe aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 28. September 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-025/21 ein und gibt den Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 28. September bekannt.

Beschluss: Die Information wird zur Kenntnis genommen.

3) TOP 3-005/21 Freiwillige Feuerwehr Donaueschingen – Wahl der stellvertretenden Feuerwehrkommandanten

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 3-005/21 ein.

Für die Wahl der stellvertretenden Feuerwehrkommandanten sei die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich.

Beschluss:

1. Der Wahl von Herrn Reinhold Schöndienst zum 1. stellvertretendem Feuerwehrkommandanten wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

2. Der Wahl von Herrn Martin Kiefer zum 2. stellvertretendem Feuerwehrkommandanten wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

4) TOP 7-020/21 Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH - Weisungsbeschlüsse für 2020, 2021 und 2022

Oberbürgermeister Pauly erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt befähigt, übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Graf und verlässt den Ratstisch.

Bürgermeister Graf übernimmt den Vorsitz der Gemeinderatssitzung und begrüßt Herrn Eckhart Pauly, den Geschäftsführer der Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH.

Herr Eckhart Pauly führt ausführlich in die Sitzungsvorlage Nr. 7-020/1 ein und stellt dem Gemeinderat dabei auch den Jahresabschluss 2020 sowie den Wirtschaftsplan 2022 vor. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt seien 98 % der Einnahmen des Vorjahres erreicht worden. So könne eine langanhaltende Konsolidierung der Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH erwartet werden. Er stehe in engem Austausch mit dem Regierungspräsidium, um neue rechtliche Vorgaben einhalten zu können.

Besonders erfreulich sei, dass der Flugplatz Donaueschingen von der Region gut angenommen werde. Donaueschingen sei ein regionales Zentrum für Flugbewegungen geworden. Als nächstes stehe die Umstrukturierung der Erhebung der Flugsicherungsgebühren an, die nicht mehr vor Ort, sondern künftig zentral erhoben würden. Auch sei die Integration der für den Flugbetrieb wichtigen meteorologischen Daten der Flugwetterdienste geplant.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Infolge der coronabedingten Einnahmerückgänge seien die Bankzinsen gestiegen. Er weist dabei darauf hin, dass eine entsprechende Belastung in Höhe von 5.642 € im Jahr 2020 falsch gebucht und im Jahr 2019 zu verbuchen sei. Da inzwischen das Hotel Concorde geöffnet habe und über eine eigene Gastronomie verfüge, habe der Gastronomiebetrieb „Fliegerstüble“ wieder geschlossen. Daher seien Einnahmen im Jahr 2021 von rund 18.000 € im Jahr 2022 nicht mehr zu erwarten (s. Anlage 4, Wirtschaftsplan 2022, S. 3, Nr. 2.2 Erfolgsplan 2022).

Fraktionssprecher Milbradt: Das positive Ergebnis sei angesichts der Corona-Lage und der zusätzlichen Aufgaben sehr erfreulich.

Herr Eckhart Pauly bestätigt auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock, dass bereits von seinem Vorgänger die Zinsabsicherung für die Hälfte des Kreditvolumens über einen Swap erfolgt sei. Aus seiner Sicht wäre das nicht erforderlich gewesen, da die Zinsen gefallen seien und insofern Planungssicherheit da sei.

Bürgermeister Graf dankt für die Vorstellung und die geleistete Arbeit. Die guten Ergebnisse seien erfreulich.

Beschluss:

Die unter Vorbehalt erfolgte Zustimmung des Bürgermeisters in der Gesellschafterversammlung der Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH am 16. September 2021 wird genehmigt in Bezug

auf 2020: a) die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 sowie des Lageberichts 2020,

b) die Verwendung des Jahresergebnisses 2020, unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus den Vorjahren, sowie

c) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020,

auf 2021: die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wirtschaftsrevision Süd GmbH als Abschlussprüfer für das Jahr 2021,

auf 2022: die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2022, inklusive der Zuschüsse in Höhe von insgesamt 31.979 € (Anteil Donaueschingen).

(31 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung, 1 Befangenheit)

5) TOP 7-015/21 Neufassung Verwaltungsgebührensatzung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-015/21 ein und begrüßt Herrn Thomas Lanver, Projektleiter der Allevo Komunalberatung GmbH.

Herr Lanver; Projektleiter, Allevo Komunalberatung GmbH, führt dem Gremium die Präsentation zur Verwaltungsgebührenkalkulation vor.

Amtsleiter Zoller erläutert detailliert die Grundlagen der Neukalkulation der Verwaltungsgebühren für öffentliche Leistungen.

Fraktionssprecher Hall fragt nach, weshalb die Mindestgebühr bei dem Erlass der Baugenehmigung von 150 Euro auf über 1000 Euro steigt.

Oberbürgermeister Pauly: Da ein Kostendeckungsgrad von 100% angestrebt werde, sei der Ermessensspielraum bei der Festlegung der Gebühren begrenzt.

Fraktionssprecher Greiner: Die CDU-Fraktion sei grundsätzlich damit einverstanden, die Verwaltungsgebühren aus wirtschaftlichen Gründen 100% kostendeckend festzusetzen. Jedoch sei beispielsweise der Gemeinkostenzuschlag in Höhe von 30% zu hoch angesetzt (S. 30, Anlage 4). Auch sei die Erhöhung der Mindestgebühr bei Baugenehmigungen von 150 Euro auf über 1000 Euro unverhältnismäßig, da die Größe des Bauvorhabens nicht berücksichtigt werde. Eine Bauvoranfrage werde bei einer solchen Gebührenhöhe künftig nicht mehr gestellt, sondern gleich ein Bauantrag.

Fraktionssprecher Blaurock: bittet um Erläuterung der Kalkulation bei folgender Konstellation: Wenn bei einer gebührenpflichtigen Leistung 30% Gemeinkosten pro Mitarbeiter angesetzt würden, könne es vorkommen, dass in der Summe auf einmal ein Gemeinkostenzuschlag von insgesamt 300% ergebe, wenn 10 Mitarbeiter sich eine Stelle teilen. Er verweist dabei auf Lohnkosten eines Beschäftigten von 259,95 Euro pro Stunde (Anlage 1, S. 25, Nr. 19).

Herr Lanver: Wenn 10 Teilzeitmitarbeiter an einer einzigen Leistungserbringung beteiligt wären, würde die kalkulierte Gebühr in der Tat recht hoch ausfallen. Dass dabei auch der genannte Mitarbeiter (Anlage 1, S. 25, Nr. 19) dieser Leistung zugeordnet wäre, sei wenig realistisch. Dennoch seien gewisse Konstellationen nicht zu beeinflussen, die Bemessungsgrundlage für die Kalkulation seien.

Stadtrat Kuttruff: Es sei nicht nachvollziehbar, auf welchen Datensätzen die Gebührenkalkulation basiere.

Fraktionssprecher Reinholz: Grundsätzlich sei es richtig, dass die Gebühren kostendeckend ermittelt worden seien, wenn das nicht zu besonderen Härten führe. Er schlägt vor, die Mindestgebühr für Bauanträge auf beispielsweise 500 Euro zu reduzieren.

Herr Lanver: Das System sei gebührenrechtlich anerkannt. Die Gemeinkosten seien ein prozentualer Zuschlag. Der Personalkostenanteil sei auf Stunden hochgerechnet. Es gebe keinen

Bemessungszeitraum, sondern nur ein Erstellungsdatum. Die meisten Gebühren seien Festbetragsgebühren. Mustergebührensätze in Bezug auf künftige Erlöse zu ermitteln sei schwierig, da keine spezifischen Daten zugrunde lägen. Diese zu ermitteln, sei aufwendig.

Die Absenkung einzelner Gebühren wäre möglich, ohne dass der Kostendeckungsbeitrag an anderer Stelle steigen würde.

Stadtrat Kaiser: Er sehe das Berechnungsmodell kritisch. Für konkrete Leistungen seien feste Gebühren hinterlegt. Dadurch seien Einnahmen berechenbar. Doch nicht jedes Verwaltungshandeln lasse sich einer bestimmten Gebühr zuordnen. Fraglich sei, welcher Anteil vom gesamten Aufwand des Verwaltungshandeln für die Gebührenermittlung zugrunde gelegt worden sei. Die Grundfrage sei daher, welcher Anteil des Gesamtaufwands der städtischen Mitarbeiter für die Kalkulation relevant sei. Die Berechnung mit Pauschalen wie den Gemeinkostenzuschlag sei nicht sinnvoll.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Verwaltungsgebühren kostendeckend festzusetzen sei prinzipiell richtig. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass einzelne Gebührensätze enorm ansteigen, wie beispielsweise der Jugendfischereischein, der um das Dreifache teurer werden soll oder die Gebühr für die Baugenehmigung, die von 150 Euro auf über 1000 Euro ansteigt. Das könne dem Bürger nicht vermittelt werden. Er bittet um Augenmaß bei der Umsetzung der rechnerisch ermittelten Gebühren.

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Auf Grundlage der geltenden Verwaltungsgebührensatzung könne derzeit keine Kostendeckung erreicht werden.

Fraktionssprecher Reinbolz stellt den Antrag, wie bei der Neukalkulation der Friedhofsgebührenordnung, mit Vertretern aus jeder Fraktion einen Arbeitskreis zu bilden, der die Neufassung Verwaltungsgebührensatzung vorbereite.

Fraktionssprecher Greiner regt an, jede Fraktion solle zu den jeweiligen Gebührentatbeständen die Mindestgebühr durchsehen und gegebenenfalls Bedenken zu Gebührentatbeständen äußern. Wie hoch durch die Anpassung die Verbesserung der Einnahmen im Ergebnishaushalt seien, solle die Verwaltung ermitteln.

Amtsleiter Butsch: Manche Bauanträge hätten eine sehr lange Bearbeitungszeit von ein bis zwei Wochen. Diese sei Teil der Gebührenkalkulation. Kleine Bauvorhaben wie die Errichtung eines Carports seien hingegen verfahrensfrei und es entstünden keine Gebühren.

Fraktionssprecher Rainer Hall: Er bittet um mehr Fingerspitzengefühl bei der Erhöhung der Gebühren. Eine 7-fache Steigerung einzelner Gebühren sei nicht zustimmungsfähig und dem Bürger nicht zumutbar.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, den Beschluss zu vertagen, um eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus jeder Fraktion zu beauftragen, einen mehrheitsfähigen Vorschlag zu unterbreiten. Die Verwaltung werde die Satzung entsprechend überarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen.

Auf Nachfrage ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

6) TOP 7-027/21 Haushalt 2022 - Einbringung des Entwurfs

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt und verweist dabei auf die Tischvorlage Nr. 7-027/21/1, den Haushaltsplan-Entwurf 2022.

Amtsleiter Zoller führt an Hand der Sitzungs- und Tischvorlage ausführlich in den Tagesordnungspunkt ein und führt dem Gremium dabei die Präsentation „Eckdaten des Haushalts 2022 der Stadt Donaueschingen“ vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Das zurückliegende Jahr sei außergewöhnlich verlaufen. Aufgrund der schweren wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise könne der Ergebnishaushalt 2020 nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis ließe sich dennoch vertreten. Dabei werde es noch Abweichungen und Änderungen geben. Es stelle sich die Frage, ob alle Aufgaben wahrgenommen und die Investitionen finanziert werden können. Positiv würden sich die zugesagten Fördermittel des Bundes und des Landes für die Sanierung des Parkschwimmbads auf den Ergebnishaushalt auswirken.

Fraktionssprecher Blaurock fragt nach einer tabellarischen Darstellung, aus der ersichtlich wird, wie sich die Differenz im Haushaltsjahr 2020 von fast 10 Millionen Euro vom Planansatz und dem Rechenergebnis bei den ordentlichen Aufwendungen zusammensetzt (s. S. 24 Haushaltsplan –Entwurf- 2022).

Amtsleiter Zoller: Es werde eine entsprechende Darstellung zur Verfügung gestellt.

Beschluss: Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2022 wird zur Kenntnis genommen.

6.1) TOP 7-027/21/2 Tischvorlage - Haushalt 2022 - Einbringung des Entwurfs

7) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Ampelanlage Bräunlinger Straße / Eichendorffstraße

Oberbürgermeister Pauly (Auf Nachfrage von Stadtrat Auer in der Sitzung am 28.09.2021): Die Induktionsschaltung der Ampelanlage in der Bräunlinger Straße / Eichendorffstraße sei aufgrund der Verlegung von Gasleitungen durch das Landratsamt außer Betrieb gewesen. Das habe nutzerunabhängig zu längeren Rotphasen geführt. Am 14.10.2021 sei die notwendige Induktionsschleife wieder in die Straße eingebaut worden. Die bedarfsgerechte Programmierung sei am 20.10.2021 vorgesehen.

Donaueschinger Weihnachtsmarkt 2021

Oberbürgermeister Pauly: Der traditionelle Weihnachtsmarkt in der Alten Hofbibliothek sei dieses Jahr abgesagt worden. Das City-Management Donaueschingen e.V. plane, im Jahr 2022 einen Weihnachtsmarkt in Donaueschingen durchzuführen.

8) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

2021: Donaueschinger Musiktage / Absage Herbstfest

Stadtrat Lind: Es sei aus seiner Sicht und nach Ansicht einiger Bürger nicht nachvollziehbar, dass das traditionelle Herbstfest wegen Corona abgesagt worden sei, während die Donaueschinger Musiktage unter Corona-Bedingungen dennoch durchgeführt wurden.

Oberbürgermeister Pauly erläutert die umfassenden Sicherheitsmaßnahmen, die zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus während der Donaueschinger Musiktage getroffen wurden: So sei ein detailliertes Hygienekonzept ausgearbeitet worden und die Stadt Donaueschingen habe ein Sicherheitsunternehmen mit über 40 Mitarbeitern beauftragt, um beispielsweise die Einhaltung der 3-G-Regel und der Maskenpflicht bestmöglich zu kontrollieren. Zudem habe es während der Uraufführung des „Donaurauschens“ in der Karlstraße Absperungen gegeben. Das habe insgesamt mehrere tausend Euro gekostet. Der finanzielle Aufwand sei für das Herbstfest, das an mehreren Tagen stattfindet, zu groß. Zudem sei das Herbstfest nicht mit der Aufführung „Donaurauschen“ zu vergleichen, da diese Veranstaltung über einen Zeitraum von ein paar Stunden dauerte, während das Herbstfest über mehrere Tage veranstaltet wird.

Stadträtin Wiemer dankt allen Mitwirkenden für die gelungene Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Donaueschinger Musiktage“. Die Organisation sei unter den Corona-Bedingungen ein Kraftakt gewesen. Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes hätten mit Augenmaß die Einhaltung der Corona-Regeln kontrolliert und die Besucher auch auf die Maskenpflicht hingewiesen.

Oberbürgermeister Pauly bestätigt, dass Resonanz und Berichterstattung über die Landesgrenzen hinaus positiv gewesen seien.

Stadtrat Dr. Wagner weist darauf hin, dass die Beleuchtung an der Donauquelle selbst während der Festtage nach 22 Uhr abgeschaltet wurde.

Imkertage 2021

Frau Hirt, Leitung Donauhallen, (auf Nachfrage von Stadträtin Riedmaier): Nachdem die Imkertage 2020 wegen Corona abgesagt wurden, finden diese auch 2021 nicht in Donaueschingen in den Donauhallen statt. Der Veranstalter habe sich für die Durchführung der Imkertage 2021 unter Corona-Bedingungen das weitaus größere Messegelände in Friedrichshafen als Veranstaltungsort entschieden. Die Imkertage haben über die Jahre einen immer größeren Zulauf erfahren. Bereits im Jahr 2019 habe sich abgezeichnet, dass die Donauhallen für diese Messe mittlerweile zu klein sind.

Sitzungsbeginn

Stadtrat Kuttruff bittet alle Sitzungsteilnehmer darum, künftig darauf zu achten, dass die Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse pünktlich beginnen können.

Niederschrift

Datum: 17.03.2022

z. w. V.

z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer